

Ortspolizei schränkt Demonstrationen vor Botschaften ein

Die Orts- und Gewerbe Polizei der Stadt Bern hat Anfang dieses Jahres beschlossen, Kundgebungen vor Botschaften zurückhaltender zu bewilligen. Sie will damit die Anwohner entlasten. Bereits zweimal hat die Berner Ortspolizei deshalb Demos vor Botschaften untersagt.

So durfte am vergangenen Samstag die Gruppe von Schweizer Bürgern muslimischen Glaubens, die gegen den Dschihad-Aufruf Muammar Gaddafis gegen die Schweiz demonstrierte, nicht vor die libysche Botschaft ziehen. Die Muslime mussten auf dem Helvetiaplatz bleiben.

Denselben Bescheid erhielten die Tibeter, die am 10. März 2010, am Jahrestag des Volksaufstands der Tibeter gegen die Chinesen, wie in den letzten Jahren vor die chinesische Botschaft ziehen wollten. Sie müssen ebenfalls mit dem Helvetiaplatz Vorlieb nehmen, wie sie am 8 März mitteilten. Eine Delegation von zehn Personen darf aber dem Botschafter Chinas in der Schweiz ein Schreiben übergeben.

Auf Anfrage sagte der Leiter der Orts- und Gewerbe Polizei der Stadt Bern, Marc Heeb, er habe vor zwei Jahren von der heute nicht mehr existierenden Stadtpolizei Bern die Aufgaben im Bereich der Kundgebungen übernommen und nun eine Analyse erstellt. Diese habe ergeben, dass es immer wieder zu Reklamationen von Anwohnern bei Kundgebungen vor Botschaften gekommen sei.

Die Orts- und Gewerbe Polizei der Stadt Bern habe deshalb beschlossen, für die Anwohner eine «gewisse Entlastung» anzustreben. Nach wie vor werde die Orts- und Gewerbe Polizei aber jedes einzelne Gesuch prüfen und eine Abwägung zwischen der Meinungsäusserungsfreiheit und anderen Interessen, etwa auch des Gewerbes und des öffentlichen Verkehrs, vornehmen.